



Landespolitik

S. 3



Landespolitik



S. 6 Korruptionsskandal

S. 7

# Denkwürdiges Ereignis in Thüringen

Für die Altparteien ist eine Wahl nur dann demokratisch, wenn ihnen das Ergebnis passt!



Bild © Metropolico

**Ging mit Hochmut in eine Ministerpräsidentenwahl, bei der es für Rot-Rot-Grün von vornherein keine eigene parlamentarische Mehrheit gab: Bodo Ramelow nach seiner Wahlniederlage im Februar.**

Mit Händen zu greifen war die Fassungslosigkeit in den Reihen von Rot-Rot-Grün nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Ministerpräsidentenwahl, die Bodo Ramelow und die linksgrünen Fraktionen in hochmütiger Selbstgewissheit herbeigeführt hatten. Indes waren die Stimmen der 22 Thüringer AfD-Abgeordneten, mit denen der FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, Zeichen für eine bürgerliche Politik. Diese Stimmen setzten der Amtszeit Ramelows ein Ende – womit die AfD ihr wichtigstes Wahlversprechen einlöste. Das Wahlergebnis,

mit dem die Altparteien inklusive der FDP nicht gerechnet hatten, löste ein nationales politisches Beben aus, das zeigt, welche Spannungen sich in den letzten Jahren unter der Oberfläche aufgebaut haben.

Der Aufschrei der Unterlegenen – die unverzüglich eine polit-mediale Verleumdungskampagne in Gang setzten – galt dem Umstand, dass erstmals ein Politiker mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt worden war. Dies sei ein Skandal, ein Tabubruch – es wurde gefordert, dass eine „Brandmauer“ gegenüber der AfD errichtet werden müsse. In atemberaubendem Tempo knickten

FDP und CDU unter dem von Medien und einem linksextremen Straßenmob aufgebauten Druck ein. Sie fielen dem von ihnen selbst und der AfD gewählten Ministerpräsidenten in den Rücken. Nur wenige Stunden hielt sich Kemmerich im Amt, bevor er zurücktrat. So wurden eine verfassungsrechtlich korrekte Wahl und das Mehrheitsprinzip diskreditiert, weil einer lautstarken Riege das Wahlergebnis nicht gefiel. Man jagte einen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten vom Hof, weil er gegen einen Kandidaten angetreten war, der keine eigene Mehrheit hatte. Hier zeigt sich, das Demokratieverständnis der

Altparteien: Demokratische Entscheidungen akzeptieren sie nur, so lange sie unter sich bleiben können.

Mit dem Nachgeben gegenüber Ramelow und seinen Spießgesellen haben FDP und CDU die Chance für den politischen Neustart in Thüringen vertan. Selbst ein Paktieren mit der umbenannten SED wird zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Zeitung immer wahrscheinlicher. Vor diesem Hintergrund bleibt die Thüringer AfD-Fraktion bei ihrer Linie, als einzige echte Oppositionsfraktion im Erfurter Landtag eine zukunftsorientierte Politik für Thüringen zu formulieren.

EDITORIAL

Auf  
ein  
Wort!

Seit der Wahl von Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten ist die deutsche Politik in Bewegung geraten. Dabei haben wir als AfD-Abgeordnete nur etwas getan, was in Deutschland leider unüblich geworden ist, nämlich unser zentrales Wahlversprechen eingelöst: Wir haben den Schmuselinken des polit-medialen Establishments abgewählt!

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren den Haushalt von neun auf über elf Milliarden Euro aufgebläht. Während Ramelow seine Klientel bediente, fingen seine Helfer an, das Land in einen Linksstaat umzubauen. Linke und linksextreme Strukturen sind mit Millionen Euro von Steuergeldern gefördert worden. Als AfD stehen wir auf der Seite der Freiheit und lehnen den ideologieproduzierenden Staat ab!

Es gab viele gute Gründe, das rot-rot-grüne Experiment zu beenden. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel war die Abwahl Ramelows offensichtlich ein Tabubruch. Sie tat deshalb etwas, das man als Staatenlenker eigentlich nicht tut: Von Südafrika aus bezog sie zu einem innenpolitischen Sachverhalt Stellung. Sie sprach zu uns wie zu Untertanen – von einem „unverzeihlichen Fehler“, der „rückgängig“ gemacht werden müsse. Dieses fehlende Demokratieverständnis hat Millionen Menschen in Deutschland entsetzt. Trotzdem zogen die deutschen Leitmedien nicht die unerhörten Aussagen ins Zentrum ihrer Berichterstattung, sondern versuchten, eine vollkommen korrekt abgelaufene Wahl zu skandalisieren.

„Ist die Wahl von Thüringen ein Tabubruch, gar ein Skandal?“, fragte die „Neue Zürcher Zeitung“ – und gab sofort die Antwort: „Nein, das ist kein Skandal – DAS IST DEMOKRATIE!“

**Björn Höcke**  
Vorsitzender der AfD-Fraktion  
im Thüringer Landtag

# Eine Wahl und ihre Folgen

Die Fundamente unserer Demokratie dürfen nicht weiter beschädigt werden



**Die AfD hält Wort: Mit der Abwahl Ramelows haben wir ein wichtiges Wahlversprechen eingehalten!**

Auch wenn es nur ein kurzer Auftritt auf der landespolitischen Bühne war, hat die Kandidatur des parteilosen Kommunalpolitikers Christoph Kindervater für das Amt des Thüringer Ministerpräsidenten einige Spuren hinterlassen. Sie führte zu Ereignissen, in deren Folge sich das politische Interesse der ganzen Bundesrepublik auf Thüringen und den Thüringer Landtag konzentrierte. Von der AfD aufgestellt, erhielt der 42-jährige Bürgermeister der Gemeinde Sundhausen bereits im ersten Wahlgang 25 Stimmen – und damit drei Stimmen mehr, als die AfD Abgeordnete hat. Im dritten Wahlgang trat er zusammen mit Thomas Kemmerich gegen Bodo Ramelow an. Tatsächlich gewann Kemmerich dann die Wahl mit den Stimmen von AfD, FDP und CDU.

Im raschen Wandel ändert sich seither die politische Nachrichtenlage, nachdem die verfassungsgemäße demokratische Wahl Kemmerichs noch am selben Tag von sämtlichen Altparteien und den deutschen Mainstream-Medien infrage gestellt wurde. Als besonders dreist empfanden viele Bürger das unverantwortliche Auftreten von Bundeskanzlerin Angela Merkel und zahlloser Parteifunktionäre von Linken über FDP bis zur CDU, die nichts

unversucht ließen, das freie Mandat der Thüringer Abgeordneten und das Wahlergebnis zu diskreditieren. Dieses Verhalten beschädigte nicht nur die Demokratie und den Rechtsstaat massiv, sondern darüber hinaus auch den Föderalismus und die politische Kultur unseres Landes. Mit ihrer Forderung, das Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl müsse „rückgängig“ gemacht werden, griff Bundeskanzlerin Merkel so unverfroren in die rechtmäßigen politischen Abläufe ein, dass dies als ein Aufruf zum Putsch gegen ein Verfassungsorgan des Freistaates Thüringen aufgefasst werden konnte. Damit derartige politische Verfehlungen nicht ohne Konsequenzen bleiben, stellte der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Björn Höcke, Strafanzeige nach § 105/106 StGB wegen der Nötigung von Verfassungsorganen, die derzeit von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wird.

Unter anderem um eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD unmöglich zu machen, die angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der programmatischen Übereinstimmungen der bürgerlichen Parteien im Thüringer Landtag nahe liegt, haben sich Linke, Grüne, SPD und CDU darauf geeinigt, dass eine vorgezogene Neuwahl des Landtages im April 2021

(Stand zum Redaktionsschluss dieser Zeitung) durchgeführt werden soll, wozu sich zunächst der Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit auflösen muss. Die AfD-Fraktion steht Neuwahlen grundsätzlich entspannt gegenüber. Allerdings haben die Thüringer erst vor wenigen Monaten ihre Entscheidung über die siebte Legislaturperiode getroffen und 90 Abgeordneten ihr Vertrauen ausgesprochen. Mehrheitlich dem bürgerlichen Lager angehörend, hätten AfD, CDU und FDP nach der Abwahl Ramelows sehr wohl eine gemeinsame konstruktive Politik für die Zukunft des Freistaates in Angriff nehmen können. Das Angebot dazu lag seitens der AfD seit November des vergangenen Jahres vor.

Sollte die politische Lage allerdings dazu führen, dass eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung unter tatsächlicher Mitwirkung der CDU die Geschicke des Freistaates leitet – entgegen der vollmundigen Ankündigung der CDU, die Regierung Ramelow ablösen und nicht mit der umbenannten DDR-Staatspartei SED kooperieren zu wollen –, dann wäre es angesichts einer solchen Neuauflage der „Nationalen Front“ in der Tat geboten, die Entscheidung in die Hände der Bürger zurückzulegen und Neuwahlen anzustreben.



# Vorreiter im Kampf gegen Windkraft

Bürger und Wirtschaft müssen sich auf stabile und preiswerte Stromversorgung verlassen können

Den Einsatz gegen den Ausbau von Windenergieanlagen in Thüringen hat sich die AfD-Fraktion seit ihrem Einzug in den Landtag im Jahr 2014 auf die Fahnen geschrieben – und mittlerweile beachtliche Teilerfolge erzielt. Angesichts der Forderungen von Rot-Rot-Grün nach einer kostspieligen „Energiewende“ wurde von der AfD-Fraktion ein Moratorium auf den Weg gebracht, das den weiteren Ausbau der ökologisch und ökonomisch schädlichen Windenergie stoppen soll. Trotz des Widerstands der rot-rot-grünen Abgeordneten wurde der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP in den Umweltausschuss verwiesen. Damit gelang es der AfD-Fraktion, in einer wichtigen Frage die Unterstützung anderer Fraktionen zu erlangen. „Dies zeigt, dass auf sachlicher Ebene eine konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Parteien möglich ist“, unterstreicht Nadine Hoffmann, umweltpolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion. „Unser vielbe-

achtetes Moratorium bildet den Ausgangspunkt zu weiteren wirtschafts- und umweltpolitischen Positionen, deren Umsetzung aus unserer Sicht unabdingbar ist, um Bürgern und Unternehmen auch zukünftig eine stabile und günstige Stromversorgung zu gewährleisten.“

Seit Jahren formiert sich Widerstand gegen die monströsen Windenergieanlagen, die sich in ganz Thüringen ausgebreitet haben und sogar – ungeachtet der Zerstörung unserer Kulturlandschaft – in den heimischen Wäldern errichtet werden sollen. „Während sich die Empörung der Altparteien in Grenzen hält, machen wir uns gegen einen Ausbau der Windenergie stark“, so Nadine Hoffmann. „Die vermeintliche Energiewende, die von der ehemaligen Landesregierung ohne Rücksicht vorangetrieben wurde, ist aus unserer Sicht alles andere als sozial und umweltverträglich!“

Durch die überdurchschnittlich hoch vergütete Einspeisung erneuer-



barer Energien steigen die Strompreise immer weiter, während die Versorgungssicherheit sinkt. Der „Flutterstrom“ führt dazu, dass bei Dunkelheit oder Windstille Strom aus herkömmlichen Kraftwerken eingespeist werden muss. „Ein gewichtiges Argument spielt für uns der

Naturschutz, weil die Windkraftanlagen enorme Flächen verbrauchen. Ihre Rotoren sind maßgeblich am Insektensterben beteiligt und töten eine Vielzahl von Vögeln und Fledermäusen, wie mehrere wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig belegt haben.“

## Trügerische Hoffnung

Verschärfung von Integrationsproblemen durch neues „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“

Am 1. März 2020 trat das von der Großen Koalition beschlossene „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ in Kraft, durch das die bisherige Vorrangprüfung entfällt. Zukünftig wird nicht mehr geprüft, ob für eine Arbeitsstelle „bevorrechtigte“ Deutsche zur Verfügung stehen. Menschen, die dieses Land und seine Sozialversiche-

rungssysteme gemeinsam mit ihren Vorfahren aufgebaut haben, sollen nicht „bessergestellt“ werden als Zugewanderte von außerhalb der EU. Seit einigen Jahren war die Vorrangprüfung bereits für einige Mangelberufe und für Hochqualifizierte ausgesetzt. Nach bestimmten Kriterien wurde ermittelt, in welchen Berufen

Mangel herrscht, um durch Abkommen mit Drittländern den Zuzug zur Erwerbstätigkeit zu erleichtern und möglichen Asylmissbrauch zu verringern. Dies führte in den betreffenden Ländern zur Abwanderung junger arbeitsfähiger Menschen und einem Abschlachten der Wirtschaftsleistung. Das neue „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ erleichtert die Zuwanderung aus der ganzen Welt. Dabei gelten Voraussetzungen wie die Sicherung des Lebensunterhaltes nicht für alle Erwerbsinteressierten gleichermaßen. Wenn ein Arbeitsvertrag vorliegt, können beispielsweise die Sprachkenntnisse vernachlässigt werden. So wiederholt man die Fehler, die bereits bei den „Gastarbeitern“ gemacht wurden und zur Bildung von Parallelgesellschaften geführt haben. Weitere Probleme ergeben sich bei der Anerkennung von Abschlüssen, die nicht unseren Standards entsprechen. Auch die Zunahme der Vetternwirt-

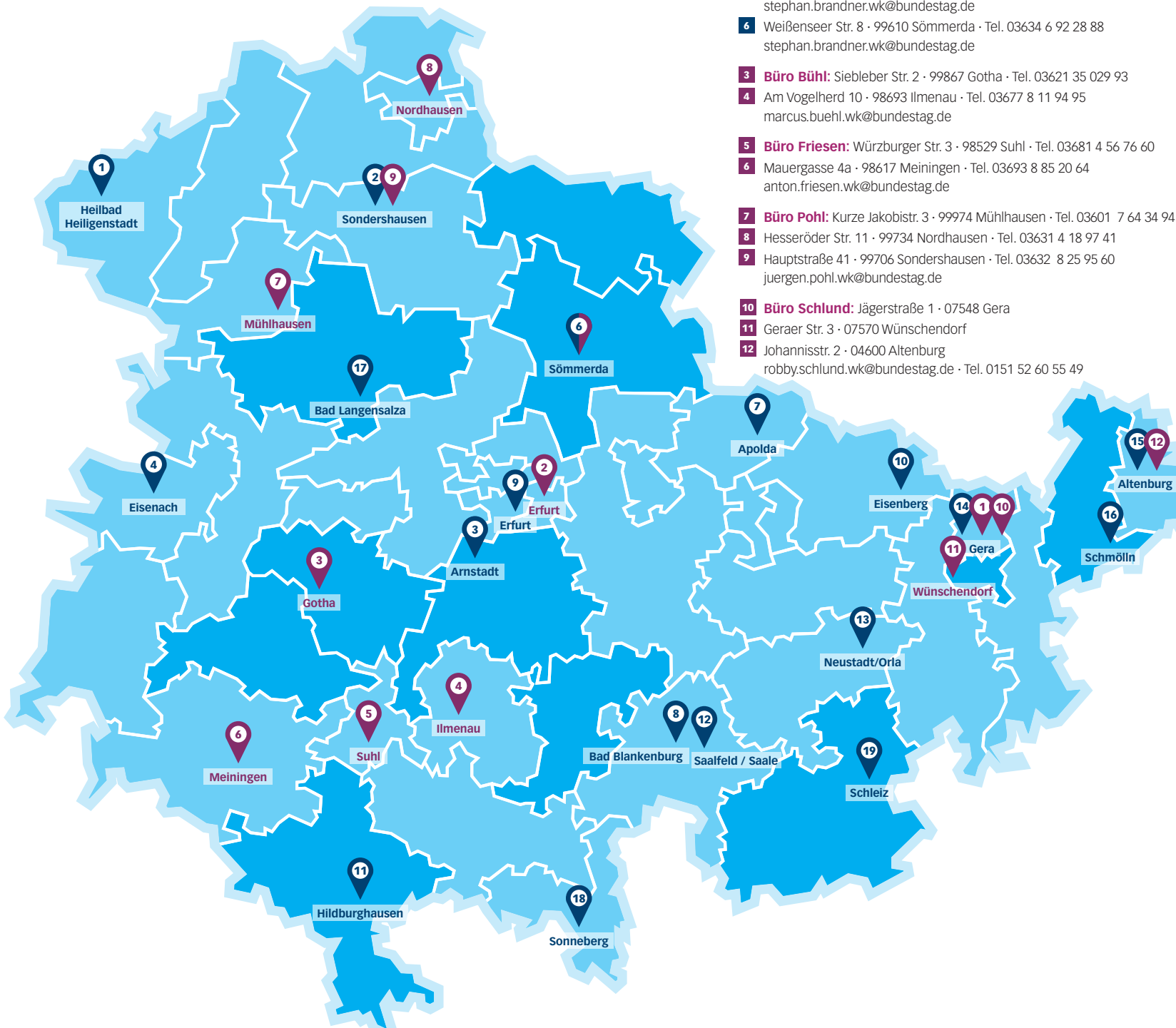
schaft erweist sich als problematisch, wenn bevorzugt Familienmitglieder in den Genuss derartiger Arbeitsverträge kommen oder zugesagte Qualifizierungsmaßnahmen von schlecht ausgebildeten Zugewanderten unterbleiben. Im „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ tritt zutage, was die Globalisierung im Kern ausmacht: Der Mensch ist nur eine Arbeitskraft, die wie Güter weltweit mobil sein soll. Menschen sollen ihre Heimatländer verlassen, anstatt sie weiterzuentwickeln und zu gestalten. Die Hoffnung, dass dadurch in den Bereichen, in denen wirklich Fachkräfte benötigt werden, Abhilfe geschaffen werden kann, wird sich durch dieses Gesetz nicht erfüllen. Grundsätzlich gilt: Für die Zukunft unseres Landes ist es von fundamentaler Bedeutung, sowohl Familien als auch die Verbesserung des Bildungssystems zu fördern, damit die besten Fachkräfte wieder in Deutschland und Thüringen gewonnen werden können.



Bild © Shubham Vermal / Unsplash

**Büros der Thüringer  
AfD-Bundestagsabgeordneten:**

- 1 Büro Brandner:** Rudolf-Diener-Str. 21 · 07545 Gera  
Tel. 0365 20 42 41 30 · kontakt@brandner-im-bundestag.de
- 2** Iderhoffstraße 37 · 99085 Erfurt · Tel. 0361 60 27 96 30  
stephan.brandner.wk@bundestag.de
- 6** Weißenseer Str. 8 · 99610 Sömmerda · Tel. 03634 6 92 28 88  
stephan.brandner.wk@bundestag.de
- 3 Büro Bühl:** Siebleber Str. 2 · 99867 Gotha · Tel. 03621 35 029 93
- 4** Am Vogelherd 10 · 98693 Ilmenau · Tel. 03677 8 11 94 95  
marcus.buehl.wk@bundestag.de
- 5 Büro Friesen:** Würzburger Str. 3 · 98529 Suhl · Tel. 03681 4 56 76 60
- 6** Mauergasse 4a · 98617 Meiningen · Tel. 03693 8 85 20 64  
anton.friesen.wk@bundestag.de
- 7 Büro Pohl:** Kurze Jakobistr. 3 · 99974 Mühlhausen · Tel. 03601 7 64 34 94
- 8** Hesseröder Str. 11 · 99734 Nordhausen · Tel. 03631 4 18 97 41
- 9** Hauptstraße 41 · 99706 Sondershausen · Tel. 03632 8 25 95 60  
juergen.pohl.wk@bundestag.de
- 10 Büro Schlund:** Jägerstraße 1 · 07548 Gera
- 11** Geraer Str. 3 · 07570 Wünschendorf
- 12** Johannisstr. 2 · 04600 Altenburg  
robby.schlund.wk@bundestag.de · Tel. 0151 52 60 55 49



**1 Büro Höcke:** Kasseler Tor 21 · 37308 Heiligenstadt  
Tel. 03606 6 07 03 05 · wkbüero-hoecke@afd-thl.de

**Büro Braga:** torben.braga@afd-thl.de

**2 Büro Cotta:** Hauptstr. 41 · 99706 Sondershausen  
Tel. 03632 8 25 95 59 · buero-cotta@afd-thl.de

**Büro Jankowski:** Tel. 0152 56 49 06 72  
buero-jankowski@afd-thl.de

**3 Büro Kießling:** Rosenstr. 22 · 99310 Arnstadt  
Tel. 03628 5 19 45 40 · buero-kiessling@afd-thl.de

**4 Büro Möller:** Wartburgallee 48 · 99817 Eisenach  
Tel. 03691 6 58 00 59 · birgit.noll@afd-thl.de

**5 Büro Aust:** Hauptstr. 29 · 98574 Schmalkalden  
buero-aust@afd-thl.de

**6 Büro Czuppon:** Weißenseer Str. 8 · 99610 Sömmerda  
Tel. 03634 6 92 28 88

**7 Büro Czuppon / Mühlmann:**  
Ritterstr. 3-7 · 99510 Apolda

**Mühlmann:** Tel. 0176 55 86 22 24  
buero-muehlmann@afd-thl.de

**Czuppon:** marcus.cebulla@gmx.de

**8 Büro Frosch:** Cordobang 20 · 07422 Bad Blankenburg  
Tel. 036739 3 03 15 · buero-frosch@afd-thl.de

**Büro Gröning:** buero-groening@afd-thl.de

**9 Büro Herold:** Konrad-Zuse-Str. 12 · 99099 Erfurt  
Tel. 0361 21 83 09 02 · buero@corinna-herold.de

**10 Büro Henke:** Markt 2 · 07607 Eisenberg  
Tel. 036691 83 73 05 · buero@afd-henke.de

**11 Büro Hoffmann:** Markt 2 · 98646 Hildburghausen  
buero-hoffmann@afd-thl.de

**12 Büro Kaufmann:** Brudergasse 6 · 07318 Saalfeld  
Tel. 03671 5 23 23 48

**13 Büro Kaufmann / Rudy:** Pusckinplatz 6  
07806 Neustadt/Orla

**Büro Kniese:** Tel. 0162 5 96 38 11  
buero-kniese@afd-thl.de

**14 Büro Laudenschlag:** Rudolf-Diener-Str. 17 · 07545 Gera  
Tel. 0365 82 42 60 · buero-laudenschlag@afd-thl.de

**Büro Lauerwald:** buero-lauerwald@afd-thl.de

**15 Büro Rudy:** Kesselgasse 25 · 04600 Altenburg  
Tel. 03447 8 99 05 99  
afd-region-altenburg@t-online.de

**16 Büro Rudy:** Lorentzstr. 17 · 04626 Schmölln  
Tel. 034491 28 95 78  
afd-region-schmoelln@t-online.de

**17 Büro Schütze:** Gothaer Str. 3 · 99947 Bad Langensalza  
Tel. 0172 3 15 14 40 · buero-schuetze@afd-thl.de

**18 Büro Sesselmann:** Am Alten Bahnhof 3  
96515 Sonneberg

**19 Büro Thrum:** Braugasse 5 · 07907 Schleiz  
Tel. 0151 63 34 66 30 · buero-thrum@afd-thl.de





### **Björn Höcke** 1

Von Beruf Lehrer, hat er sich als freiheitsliebender Mensch schon immer über die in Deutschland herrschenden Denk- und Sprechverbote geärgert. Die desaströse Euro-Rettungspolitik veranlasste ihn, der AfD beizutreten. Setzt sich für eine aktive Familienpolitik ein, die das Ja zum Kind in den Mittelpunkt stellt.



### **Jens Cotta** 2 8

Der Bankbetriebswirt wurde politisiert durch die verfehlte Geldpolitik, die Misswirtschaft im Umgang mit Steuergeldern, eine ständig zunehmende Einmischung des Staates in die Marktwirtschaft und durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen in fast allen Bereichen. Setzt sich für die Abschaffung der Rundfunk-Zwangsbeiträge ein.



### **Olaf Kießling** 3

Der Betriebswirt setzt sich für Stärkung der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie ein. Als Haushaltspolitiker sind für ihn die Erreichung eines stabilen Landeshaushalts angesichts drohender wirtschaftlicher Unsicherheiten und die Senkung der Abgabenlast für Bürger und die mittelständische Wirtschaft maßgebende Ziele.



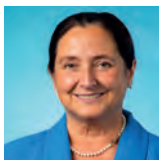
### **René Aust**

Der Wirtschaftsgeograf setzt sich für die Beseitigung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts zwischen Ost und West sowie eine stärkere Wirtschaftsförderung und eine Schwerpunktsetzung bei zukunftsorientierten Investitionen (Digitalisierung und bessere Ausbildungsbedingungen) ein.



### **Karlheinz Frosch** 8

Der wertkonservative Unternehmer möchte verhindern, dass Minderheiten einer Mehrheit ihre politischen Vorstellungen diktieren. Setzt sich dafür ein, dass Thüringen nicht durch wahnhaftes Klimapolitik deindustrialisiert und zum Schwellenland degradiert wird.



### **Corinna Herold** 9

Die selbstständige Zahnärztin möchte verdeutlichen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört, Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich, aber in ihrer jeweiligen Besonderheit zu fördern sind und die Hinterlassenschaften des SED-Unrechtsstaates aufgearbeitet werden müssen.



### **Nadine Hoffmann**

Der studierten Biologin ist es ein besonderes Anliegen, die Thüringer Landschaft zu erhalten und vor einer Verschandelung durch die Windkraftindustrie zu bewahren. Thüringen muss das grüne Herz Deutschlands bleiben. Echten Tier- und Umweltschutz gibt es nur mit der AfD.



### **Tosca Kniese**

Ist als selbstständige Unternehmerin davon überzeugt, dass es dringend einer geistigen Wende bedarf, um die Zukunft des Landes jenseits von Ideologie zu gestalten. Dazu zählt, die Kultur vom Austoben einer weltfremden ideologischen Kulturszene zu befreien und linke Netzwerke aufzudecken.



### **Dr. Wolfgang Lauerwald**

Der Mediziner tritt für eine offene gesellschaftliche Diskussion, für Wahrhaftigkeit und Unabhängigkeit der Medien, direkte Demokratie, den Schutz unserer Bürger vor Kriminalität sowie die Bewahrung unserer Kultur und Heimat ein.



### **Thomas Rudy** 13 15 16

Seit 2009 in der Immobilienbranche, sieht er seine Aufgabe darin, die überbordende Bürokratie, zu hohe Steuern und die Beschneidung der Meinungsfreiheit zurückzudrängen. Spricht sich gegen die Euro-Rettungspolitik und die Gleichmacherei durch die EU aus.



### **Robert Sesselmann** 18

Der Rechtsanwalt wünscht sich für Thüringen eine bürgerliche Mehrheit, die die Bildungspolitik voranbringt und der ungesteuerten Migration entgegentritt. Die Thüringer sollen der Politik wieder vertrauen können.



### **Torben Braga**

Der Politikwissenschaftler arbeitet dafür, dass die Bürger das Vertrauen in eine ehrliche Politik des gesunden Menschenverstands zurückgewinnen können. Der Staat hat für gute Schulen ohne Lehrermangel und Stundenausfall, für die Sicherheit der Bürger und für auskömmliche Renten zu sorgen.



### **Denny Jankowski**

Der studierte Prozessingenieur setzt sich dafür ein, dass das differenzierte Schulsystem mit seinen Förderschulen erhalten bleibt. Kämpft gegen ideologische Bildungsexperimente wie das „Lesen durch Schreiben“ („Schreiben nach Gehör“), die zu weitreichenden Problemen führen.



### **Stefan Möller** 4

Der Jurist arbeitet dafür, dass in unserer Demokratie endlich wieder der Wille des Volkes die Richtung vorgibt, nicht Parteien, Lobbyisten oder Kirchen. Thüringen muss wieder sicher, familien- und kinderfreundlich werden und in einen Normalzustand wie vor 2015 versetzt werden.



### **Torsten Czuppon** 6 7

Der Polizeibeamte begann sein politisches Engagement, nachdem er erkannte, dass die Altparteien die Interessen des deutschen Volkes nicht mehr im Blick haben. Durch eine patriotische Wirtschaftspolitik soll der Mittelstand gestärkt und Wohlstand generiert werden.



### **Birger Gröning**

Nach kaufmännischer Ausbildung zehn Jahre als Soldat und Physiotherapeut tätig, setzt er sich für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung ein. Besonders wichtig sind ihm die Verteidigung der Meinungsfreiheit, die soziale Sicherheit im Alter sowie die Stärkung des ländlichen Raums.



### **Jörg Henke** 10

Seit seinem Einzug in den Landtag setzt sich der ehemalige Werkpolier dafür ein, dass die Landwirtschaft von bürokratischen Auflagen entlastet und von der Politik endlich so behandelt wird, wie es den Produzenten unserer Lebensmittel und Bewahrern unserer Kulturlandschaft gebührt.



### **Prof. Dr. Michael Kaufmann** 12 13

Der Professor möchte dazu beitragen, dass die ruinöse Energiepolitik, die unkontrollierte Zuwanderung und die Überlastung von Polizei und Justiz überwunden werden und sowohl die Beschäftigten als auch die Unternehmer beste Bedingungen für ihre Tätigkeit vorfinden.



### **Dieter Laudenschlag** 14

Der gelernte Koch und Restaurantbesitzer setzt sich im Sinne der Unternehmer und Arbeitnehmer für eine starke Thüringer Wirtschaft sowie für ein Leben in Sicherheit, Freiheit, Demokratie, Wohlstand und frei von ideologischen Auswüchsen ein.



### **Ringo Mühlmann** 7

Basierend auf seine 20-jährige berufliche Erfahrung als Polizist setzt er sich für die Bedürfnisse der Thüringer Polizei ein, die immer mehr aus dem Fokus gerückt worden sind, und fordert, dass der gesunde Menschenverstand wieder für unsere rechtsstaatliche Verwaltung leitend wird.



### **Lars Schütze** 17

Als Bundespolizist erlebte er die Folgen einer falschen Politik der Altparteien tagtäglich. Fordert eine Angleichung der Löhne auf Westniveau und engagiert sich für die Jagd- und Sportschützen, die von der Politik angefeindet und mit unangemessenen Auflagen drangsaliert werden.



### **Uwe Thrum** 19

Der tief in seiner Heimat verwurzelte Tischlermeister steht für eine Politik, die unsere Familien stärkt, den Bildungsnotstand beseitigt und unseren Kommunen finanziellen Handlungsspielraum verschafft sowie für eine Energiewende mit Vernunft, die nicht zu Lasten des ländlichen Raumes vollzogen wird.

# Maßnahmen gegen das Apothekensterben

## Für eine sichere Arzneimittelversorgung: Abwanderung von Pharmazeuten stoppen!

Die wohnortnahe Arzneimittelversorgung durch Apotheken ist integraler Bestandteil unseres Gesundheitssystems. Apotheken stellen nicht nur die flächendeckende Versorgung mit Medikamenten sicher, sondern bieten wichtige Beratungsleistungen und eine ständige Dienstbereitschaft. Diese vielfältigen Angebote können von Versand- und Netzapotheken nicht oder nur in einem unzureichenden Umfang erbracht werden. In den letzten Jahren haben strukturelle Veränderungen in Thüringen zu einer Situation geführt, in der Apotheken ihrem gesetzlichen Auftrag in bestimmten Regionen nur noch eingeschränkt nachkommen können. Einige Thüringer Kommunen haben in den vergangenen Jahren bereits die einzige Apotheke vor Ort verloren. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge. Der ländliche Raum braucht eine sichere Arzneimittelversorgung.



Bild © Kendal / Unsplash

Damit diese dauerhaft gewährleistet bleibt, hat die AfD-Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht, mit dem wir uns unter anderem für die Schaffung von mehr Pharmaziestudienplätzen in Thüringen und für geeignete Förderprogramme einsetzen, um Absolventen dauerhaft

an Thüringen zu binden und so auch in Zukunft ein flächendeckendes Versorgungsnetz zu erhalten. Die Kooperation zwischen niedergelassenen Ärzten und Apothekern sollte gestärkt werden, stellt sie doch eine wertvolle Symbiose für die Gesundheitsversorgung im Allgemeinen

und den Erhalt der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum im Besonderen dar. Außerdem sehen wir den Bundesgesetzgeber in der Pflicht, die Wettbewerbsfähigkeit der Apotheken vor Ort gegenüber dem Arzneimittelversand aus dem Ausland zu stärken.

# Für die Würdigung des Ehrenamtes

## Schutz und Förderung des Ehrenamtes als Staatsziel – dafür setzt sich die AfD ein

Rund 700 000 Bürger unseres Freistaates tragen als Ehrenamtliche zum Gelingen des öffentlichen, kulturellen und sozialen Lebens bei. Dabei reicht die Palette von den etwa 35 000 freiwilligen Feuerwehrleuten und Katastrophenschützern über die gut 60 000 Ehrenamtlichen im Sport bis zu den 200 Schülerlotsen. In zahllosen Vereinen, Verbänden und Gruppen sowie nicht zuletzt in den Kirchen organisiert, übernehmen sie wichtige Aufgaben bei der Betreuung von alten, einsamen oder behinderten Mitbürgern, beim Umwelt- und Landschaftsschutz oder in der Brauchtumpflege. Landesweit engagieren sie sich in der Jugendarbeit, in Chören und Orchestern oder den politischen Parteien. „Auch wenn freiwilliges ehrenamtliches Engagement keine Selbstverständlichkeit ist, investieren unsere Ehrenamtlichen Zeit, Arbeit und Energie, weil

sie anderen Menschen helfen, ihre Erfahrungen weitergeben oder einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten wollen“, erläutert Dieter Laudenschmidt, kommunalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. „Wir haben daher allen Grund, diesen Menschen dankbar zu sein, die sich für das gemeinschaftliche Zusammenleben in unserem Land einsetzen. Die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten und bürgerschaftliches Engagement sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die sozialen Bindungen und den Erhalt stabiler demokratischer Strukturen von grundlegender Bedeutung und unerlässlich für eine funktionierende freiheitliche Gesellschaft.“

Da weite Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens ohne die ehrenamtlich Tätigen kaum aufrechterhalten werden könnten, hält es die AfD-Landtagsfraktion für dringend geboten, dieses Engage-

ment noch stärker zu würdigen und ein entsprechendes Staatsziel in der Verfassung zu verankern. Dadurch wäre der Freistaat verfassungsrechtlich verpflichtet, das Ehrenamt zu schützen und zu fördern. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde von der AfD-Fraktion im Januar eingebracht. Erklärtes Ziel der AfD dabei: Mit der verfassungsrechtlichen Würdigung wird zum Ausdruck gebracht, dass der Staat, die Kommunen und die Landkreise eine besondere Verantwortung bei Schutz und Förderung des Ehrenamtes haben. Und dass der Freistaat Thüringen ein Staat der Bürger und nicht einer bürgerfernen Obrigkeit ist. „Das Ehrenamt wird auf diese Weise normativ gestärkt, weil der Staat sich symbolisch zur Bedeutung des Ehrenamtes bekennt“, betont Ringo Mühlmann, innenpolitischer Sprecher unserer Fraktion. Von besonderer Bedeutung ist dabei

nicht zuletzt die Forderung, dass jegliche Förderung des Ehrenamtes ohne politische Einflussnahme zu erfolgen hat. „Der Schutz und die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten müssen in einer neutralen Art und Weise erfolgen“, so Laudenschmidt. „In Zeiten starker gesellschaftlicher und politischer Fragmentierung ist die Versuchung groß, bürgerschaftliche Vereine, Verbände, Gruppen oder Projekte beispielsweise auf dem Weg der Mittelvergabe politisch zu vereinnahmen. Solchen Tendenzen, die in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht zulässig sind, ist selbstredend entgegenzuwirken. Deshalb hebt unsere Formulierung des Staatsziels Ehrenamt auch hervor, dass Schutz und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten unter strikter Wahrung der weltanschaulichen, politischen und religiösen Neutralität des Staates, also unparteilich, zu erfolgen haben.“



# Korruptionsskandal bei der AWO

**AfD fordert vorbehaltlose Aufklärung des Skandals – Altparteien mauern**

In den zurückliegenden Wochen wurden Vorwürfe gegenüber Personen in der AWO AJS gGmbH und dem AWO Landesverband Thüringen e. V. laut. Damit erreichte der Skandal um Selbstbedienungsmentalität und Vetternwirtschaft bei der gemeinnützigen Arbeiterwohlfahrt (AWO) nach Hessen und Mecklenburg-Vorpommern nun auch Thüringen. Die AfD hat diese Missstände als einzige Partei aufgegriffen und auf parlamentarischer Ebene in einer Aktuellen Stunde die vorbehaltlose Aufklärung gefordert. Im Rahmen der Parlamentsdebatte entstand der Eindruck, dass die Altparteien darum bemüht sind, ein Vertuschungskartell zu bilden, um so die SPD und ihre Verstrickungen mit der AWO zu schützen. „Offensichtlich sind die vorhandenen Prüfmechanismen nicht ausreichend. Die Parteipolitik muss raus aus den Sozialverbänden“, fordert René Aust, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion. „Dazu



braucht es eine große Reform. Erst wenn die Sozialverbände parteipolitisch neutral und unabhängig sind und zurück zu ihrer eigentlichen Aufgabe finden, haben solche fragwürdigen Geschäftspraktiken keine Chance mehr.“ Seit Jahren ist bei diversen Sozial-

verbänden zu erleben, dass sich die oberen Führungsebenen immer weniger um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern und stattdessen politisieren. Dazu gehört auch die Gewährung von Privilegien für politisch nahestehende Personen zur Pflege von Seilschaften. „Wer in seiner Kar-

riere brav ins politisch-korrekte Horn bläst, wird mit hochbezahlten Posten in der Sozialindustrie belohnt – ein Geschäft zu Lasten der Bedürftigen und der Glaubwürdigkeit gegenüber Beschäftigten, Mitgliedern und Externen“, so Aust weiter.

# Spürbare Entlastung der Kommunen

**AfD setzt sich für eine Neuordnung der Finanzierung von Thüringer Städten und Gemeinden ein**

Die von der AfD-Fraktion seit mehr als fünf Jahren beklagte Unterfinanzierung unserer Gemeinden, Städte und Landkreise wird endlich im Thüringer Landtag debattiert.

Aufgrund erheblicher Steuermehreinnahmen des Freistaates Thüringen in Höhe von 367 Millionen Euro im vergangenen Jahr streiten die Altparteien jedoch darum, wie sie die Gemeinden, Städte und Landkreise daran beteiligen wollen. Während Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Gesetzentwurf die Thüringer Kommunen in den nächsten fünf Jahren in neue Schulden treiben wollten, sieht die Initiative von CDU und FDP die Einmalzahlung von 168 Millionen Euro als Investitionspauschale an die Thüringer Kommunen im laufenden Jahr 2020 vor. Diese Summe entspricht bei Gemeinden und Städten einem Betrag von 43,58 Euro je Einwohner – bei kreisfreien Städten sind es 78,04 Euro und bei Landkreisen 34,46 Euro je Einwohner.

„Dieser Gesetzentwurf ist aus Sicht der AfD fehlerbehaftet, da das zusätzliche Geld nur für Investitionen

genutzt werden darf und eine Verrechnung mit besonderen Finanzhilfen derzeit nicht geklärt ist“, betont Dieter Laudenbach, kommunalpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion. „Aufgrund einer guten Auftragslage und hoher Preise im Bauhauptgewerbe können viele Gemeinden, Städte und Landkreise das zusätzliche Geld ohnehin nicht ausgeben. Städte und Gemeinden, die aufgrund ihrer angespannten Haushaltslage bereits besondere Finanzzuweisungen erhalten, haben von einer möglichen Zahlung letztendlich gar nichts.“

Deshalb fordert die Thüringer AfD-Fraktion mehr nachhaltige Verwendungsmöglichkeiten für das zusätzliche Geld. Beispielsweise sollte damit auch Schuldentilgung finanziert werden können. „Nur wenn dies im Gesetzentwurf von CDU und FDP umgesetzt wird, kann er von der AfD mitgetragen werden. Ein verantwort-

ungsvoller Umgang mit dem Geld der Steuerzahler sowie finanziell gesunde Gemeinden, Städte und Landkreise sind uns wichtiger als kurz-sichtige rot-rot-grüne Finanzspritzen ohne Nachhaltigkeit“, so Laudenbach. Tatsächlich zeichnet sich zum Redaktionsschluss dieser Zeitung ab, dass der Thüringer Landtag auch auf Drängen der AfD-Fraktion hin eine entsprechende Entscheidung trifft. Demnach werden die Thüringer Kommunen und Landkreise schon in diesem Jahr mit einem millionenschweren Investitionspakete entlastet werden.

Die AfD-Landtagsfraktion wird sich auch in Zukunft für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen einsetzen, indem künftig der ländliche Raum stärker in den Fokus gerückt werden soll. Auch sollten die Sozialausgaben von Land und Bund – und nicht wie bisher von den Landkreisen und den kreisfreien Städten – finanziert werden.

## Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke  
Bürgerinformation der  
AfD-Fraktion im  
Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Auflage: 500.000 Stück

 @afd-thl

 [www.afd-thl.de](http://www.afd-thl.de)

 @afd-landtags-tv



# DIE BÜRGERLICHE KRAFT IN THÜRINGEN

Am 27. Oktober 2019 wurden Ramelow und **Rot-Rot-Grün** **abgewählt**. Seither gibt es im Thüringer Landtag wieder eine **bürgerliche Mehrheit**. Die neuen Mehrheitsverhältnisse nutzte die AfD-Fraktion bereits bei der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten. Diese Situation zwingt sowohl CDU als auch FDP dazu, Farbe zu bekennen: **Entweder CDU und FDP unterstützen** in der einen oder anderen Weise **eine linksgrüne Minderheitsregierung** und fördern deren **ideologische Projekte**. **Oder sie** kehren zu einer bürgerlichen Politik mit Realitätssinn und gesundem Menschenverstand zurück und **gestalten gemeinsam mit der AfD-Fraktion eine bürgerliche Politik für Thüringen**. Wenn CDU und FDP ihre eigenen Programme ernst meinen, bestehen zahlreiche inhaltliche Schnittmengen mit der AfD – etwa bei Themen wie Einwanderung, Wirtschafts- oder Energiepolitik. **Das ist die Alternative.**